



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Aus dem Reichslande.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nordostseekanal für uns zu theuer ist, unsere ganze Flottenanlage ein bescheidenes Maß innehalten sehen oder, was finanziell dieselbe Wirkung haben würde, ein langsames Tempo.

Am 24. Juni wurde die Aenderung des Zolltarifs, deren wesentlicher Gegenstand die Eisenzölle sind, in dritter Lesung festgestellt. Die Regierung hatte die Eisenzölle vom 1. October 1873 ab aufheben wollen. Der Reichstag hatte bei der zweiten Lesung zu Gunsten der Fabrikanten von Eisenwaaren ein Compromiß angenommen, wonach mit dem 1. October 1873 die völlige Befreiung vom Eingangszoll nur für das Rohmaterial und Seeschiffe eintreten sollte, die Eisenwaaren sollten im Eingangszoll einstweilen nur ermäßigt und erst vom Jahre 1877 an vom Zoll völlig befreit werden. Dieses Compromiß ist in der dritten Lesung bestätigt worden, obwohl die Freihändler den Versuch machten, auf die Regierungsvorlage zurückzukommen, während das Entgegengesetzte, die einfache Aufrechthaltung der Eisenzölle diesmal von den Schutzzöllnern nicht mehr versucht wurde.

Am 25. Juni ward der Reichstag geschlossen. An demselben Tag verkündete die „Provinzial-Correspondenz“, daß die dritte Session des ersten Reichstags nicht die letzte sein, sondern daß noch in diesem Jahr eine Herbstsession stattfinden wird. Das Mandat des ersten Reichstags dauert bekanntlich bis zum März 1874. Die Krone unter den Arbeiten der ersten Session ist das Münzgesetz, alsdann folgt im Werth die Stiftung des Reichsinvalidenfonds. Die Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten des Reichsdienstes in Civil und Militär werden den Betreffenden sehr willkommen sein, nicht minder die Verbesserung der Lage der Unterofficiere. Die Bewilligung für den Umbau der deutschen Festungen war ein nothwendiger Akt großer Vorforge.

Möge nun der Reichstag im Herbst die Kraft und den Willen mitbringen zur Erledigung der drei diesmal rückständig gebliebenen Aufgaben ersten Ranges, des Heergesetzes, des Bankgesetzes und des Papiergeldgesetzes. Den Rückstand der beiden letzteren Aufgaben haben die Bundesregierungen, den der ersten Aufgabe hat der Reichstag verschuldet. C — r.

Aus dem Reichslande.

Straßburg, 28. Juni 1873.

So wäre nun denn der erste Schritt zur Wiederbelebung der politischen Selbstthätigkeit des Landes, oder, wie Andere es warnend genannt haben, der „Sprung ins Finstere“ geschehen, und die Regierung, die ihn gethan, wird ihn nicht zu bereuen haben. In mehr als einer Beziehung haben die

am 21. und 22. Juni vollzogenen Wahlen zu den Bezirks- und Kreistagen ein überraschendes Resultat geliefert. Was man noch in den letzten Tagen vor der Wahlhandlung erfuhr, ließ zum mindesten eine arge Zersahrenheit der Ansichten befürchten. Kein Wunder! War doch die elsäß-lothringische Bevölkerung bisher gewohnt gewesen, durch die „offizielle Candidatur“ wenn auch nicht immer den maßgebenden Leitstern, so doch wenigstens einen Ausgangspunkt für die Wahlbewegung zu erhalten. Diesmal verhielt sich die Regierung vollkommen passiv; nur der Bezirkspräsident des Oberelsaß erließ eine Ansprache an die Wähler, aber lediglich, um zu constatiren, daß die Freiheit des Wählens diesmal unbeschränkter sein werde, als jemals vorher. Die gouvernementale Organisation fehlte also; zu dem war der Wahlbewegung eine kaum vierzehntägige Frist gegeben, so daß eine rechtzeitige Verständigung fast unmöglich schien. Aus diesem Grunde beschloß eine Wählerversammlung in Colmar am 21. und 22. Juni, gar nicht zu wählen, sondern den um 8 Tage später fallenden Nachwahlertermin abzuwarten. So schien denn jene Partei bedeutend im Vortheil, welche zu jeder Zeit organisiert ist, die ultramontane. Auf der anderen Seite machte die Pamphletfabrik der „Ligue d'Alsace“ eine letzte Anstrengung: sie predigte die Wahlenthaltung. Die im Elsaß mit ungeschwächtem Eifer gelesenen Pariser Blätter unterstützten diese Ermahnung. Das Organ Gambetta's wollte nur den Straßburgern die Wahl erlauben, und zwar lediglich zu dem Zwecke, durch die Ernennung ihrer abgesetzten Municipalbeamten eine deutschfeindliche Demonstration zu machen. Und Herr About wußte in seinem „XIX. Siecle“ wirklich bereits zu verkünden, daß das Oberelsaß sich gar nicht, und das Unterelsaß wenigstens zum großen Theil nicht an den Wahlen betheiligen werde. Statt dessen hat nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis die Abstimmungsziffer durchschnittlich zum mindesten 50—60% der eingeschriebenen Wähler betragen. Als nennenswerthe Wahlenthaltung, auf deren begleitende Umstände wir übrigens zurückkommen, ist uns nur diejenige der Mülhauser Bürgerschaft bekannt geworden; dagegen hat Lothringen durchweg mit auffallend starken Zahlen abgestimmt. Eine Reihe von Nachwahlen ist nothwendig; aber sie sind meist durch Stimmenzersplitterung, nur wenige durch ungenügende Stimmenabgabe veranlaßt.

Dies Ergebnis ist für die deutsche Sache ein unbestreitbarer Sieg. Denn indem die elsäß-lothringische Bevölkerung die Rathschläge der Abstentionisten von der Hand wies, indem sie in hellen Haufen zur Wahlurne schritt, hat sie die neue Lage der Dinge im Grunde acceptirt. Hätte man eine Kundgebung in französischem Sinne beabsichtigt, so wäre die einfache Wahlenthaltung ein weit bequemer und wirksameres Mittel gewesen. Einen absichtlich demonstrativen Charakter tragen wol nur die Straßburger Wahlen, in welchen

die Candidaten der gemäßigten Partei, an ihrer Spitze der bekannte ehemalige intermiftische Maire Klein, dem abgefetzten Bürgermeister Rauth und feinen drei Adjuncten Goguel, Hueber und Weher unterlagen. Die anftändigen Minoritäten, welche jene trotzdem auf fich vereinigten, würden, wenn auch nicht gerade zu Majoritäten geworden, fo doch weit ftärker gewesen fein, wenn das eingewanderte deutsche Element mehr Eifer und Wachſamkeit bewieſen hätte. Bei weitem die meiften diefer Herren hatten es feinerzeit verſäumt, die unter der Rauth'schen Gemeindeverwaltung zufammengestellte Wählerliſte einzufehen und wunderten ſich nur, daß ihnen, da ihre Namen fehlten, keine Wählerkarten zugeteilt wurden. Aehnlich iſt es den Deutſchen in Meß ergangen. Dort hat dann die „reichsfreundliche Partei“ noch im letzten Augenblicke einen Proteſt gegen die Mangelhaftigkeit der Wählerliſten erlaſſen und allgemeine Wahlenthaltung der Deutſchen angeordnet. Damit hat ſie freilich ganz und gar nichts gewonnen, aber dieſe Abſtention, wie auch die ſchwache Wahlbetheiligung der Straßburger Deutſchen, hat wenigſtens den Vortheil, daß das Wahlreſultat von den Franzoſen nicht als ein durch die Einmiſchung der Fremden gefälfchtes dargeſtellt werden kann. Am thätigſten, aber auch am ungeſchickteſten iſt das deutsche Element in Mülhauſen vorgegangen. Eine dortige Notabelnverſammlung hatte ſich im Prinzip für Wahlbetheiligung ausgeſprochen, es war ihr aber nicht gleich gelungen, eine Candidatenliſte aufzuſtellen. Da hielten es die Eingewanderten für angezeigt, den Einheimiſchen die Mühe abzunehmen. Eine von ihnen veranſtaltete Wählerverſammlung beſtellte eine excluſiv aus Deutſchen zuſammengeſetzte Commiſſion zur Entwerfung der Candidatenliſte. Führer der Verſammlung war der Redakteur der officiöſen „Neuen Mülh. Zeitung“, eines Blattes, welches von jeher an Verhöhnung gewiſſer Sympathieen der Müläuſer Bürgerschaft das Mögliche geleiftet hat. Was Wunder, wenn ſich ein Eingeborner nach dem andern dafür bedankte, auf der Candidatenliſte der genannten Commiſſion zu figuriren? Unter den Namen, welche dieſelbe ſchließlich in Vorſchlag brachte, befand ſich kein einziger aus der Stadt Mülhauſen ſelbſt; ſie waren ſämmtlich mit Mühe und Noth in der Umgegend zuſammengeleſen. Die Folge war, daß die Deutſchen faſt ganz allein an der Wahlurne erſchienen. Für die heute beginnende Nachwahl wird ſich die eingeborene Wählerschaft hoffentlich beſſer vorbereitet haben.*) — Da wir übrigens einmal von Ungeliſchlichkeit reden, zu bemerken ſo ſei uns nebenbei geſtattet, daß das Flugblatt, welches „die wahre Elſäſſer Liga“ im Gegenſatz zur Ligue d'Alsace erließ, in den Augen unſerer Bevölkerung ſicherlich nicht an Werth gewann dadurch, daß es, wie auf ihm

*) Iſt geſchehen, und hat auch hier zum Sieg der Candidaten der gemäßigten Partei geführt.
D. Red.

zu lesen stand, in der Druckerei der amtlichen „Straßburger Zeitung“ hergestellt worden war.

Von Interesse ist die Frage, wie sich die ultramontane Partei in dem Wahlkampfe verhalten hat. Auffallenderweise hat sie eine umfassende Agitation offenbar nicht betrieben. Nur in einzelnen Kantonen scheint sie selbständig aufgetreten zu sein und hat in der That in einigen Kreistagswahlen gesiegt. Eine Hauptdemonstration setzte sie in der Umgegend von Mülhausen in Scene, indem sie den Superior des Redemptoristenklosters von Rüdelsheim, Neuber, und den ausgewiesenen Generalvicar Rapp auf den Schild erhebt. Ob sie damit durchdringt, steht im Augenblick, da wir schreiben, noch dahin.*) Im Uebrigen wird die Enthaltungspredigt der Liga wol von keiner Partei besser befolgt worden sein, als von der klerikalen. In Straßburg wird vielfach von einer Coalition der Ultramontanen und Radikalen gesprochen, welche den letzteren zum Siege verholfen hätte; wir glauben nicht, daß die Anhänger des Herrn Lauth von dieser Seite eine nennenswerthe Unterstützung erhalten haben. Legt man die Zahlen der Gemeinderathswahlen von 1871, bei welchen sich Liberale und Ultramontane gegenüberstanden, zu Grunde, so wäre es, angesichts der in der liberalen Partei eingetretenen Spaltung, den Ultramontanen ein Leichtes gewesen, ihre eigenen Candidaten durchzusetzen. Großmüthige Verzichtleistung auf den eigenen Vortheil zu Gunsten einer anderen Partei haben sich aber die römischen Heerschaaren schwerlich jemals zu Schulden kommen lassen. Das Wahrscheinlichste bleibt also immer, daß sie sich im Allgemeinen der Wahl enthalten haben. Warum, ist freilich schwer zu sagen. Schienen ihnen die unpolitischen Körperschaften der Bezirks- und Kreisvertretungen nicht das geeignete Feld für ihre Thätigkeit? Oder fühlten sie sich wirklich zu schwach? Eine Möglichkeit wäre immerhin, daß ihre Reihen momentan bedenklich gelichtet waren. Bekanntlich soll nach dem Wahlgesetz vom 24. Januar d. J. das Wahlrecht aller Elsaß-Lothringer, welche für die französische Nationalität optirt haben, aber nicht ausgewandert sind, so lange ruhen, bis sie ihre Optionserklärung vor dem Kreisdirektor ausdrücklich zurückgenommen haben. Nun erinnert man sich aber, daß gerade in den katholischen Distrikten der Agitationswindel im Sinne einer deutschfeindlichen Demonstration mit ganz besonderer Emphase betrieben wurde.¹ Leicht möglich, daß infolgedessen eine nicht unwesentliche Anzahl der klerikalen Männer in den diesjährigen Wahllisten gestrichen war.

Einerlei indeß, wie dem sei, Thatsache bleibt, daß die Gewählten in ihrer ganz überwiegenden Mehrzahl als der „gemäßigten Partei“ angehörig betrachtet werden dürfen. Freilich ist dieß „gemäßigt“ noch keineswegs gleichbedeutend mit „deutsch freundlich“. Wie könnte man eine solche Stimmung

*) Sie ist damit täglich unterlegen.

D. Red.

z. B. von den zahlreichen in Lothringen gewählten Nationalfranzosen erwarten! Nur das soll damit gesagt sein, daß wir es mit Männern zu thun haben, welche die Bezirks- und Kreistage nicht zu feindseligen Kundgebungen, sondern zur ehrlichen Arbeit an dem wahren Wohle ihres Landes benutzen werden. Es ist mit diesen Wahlen die Grundlage zu einer das ganze Reichsland umfassenden autonomistischen Partei gewonnen. Merkwürdiger Weise hat aber auch die Gefolgschaft des Herrn Lauth in ihrem Wahlaustreten auf die Autonomie des Landes das Hauptgewicht gelegt; man kann also gespannt darauf sein, wie sich die „radikalen“ von den „gemäßigten“ Autonomisten unterscheiden werden. Stehen die Lauth und Genossen erst einmal inmitten der Geschäfte, so ist uns doch sehr zweifelhaft, ob sie sich als Franzosen nach dem Herzen Gambetta's bewähren werden. Die eminente Nüchternheit und Verständigkeit, welche das Land bei diesem Wahlakte im Allgemeinen bekundet hat, wird vielleicht schließlich auch auf die frondirenden Bürger der Hauptstadt ansteckend wirken. Wenn nicht, so steht wenigstens zu hoffen, daß die sterile Opposition in den Bezirksvertretungen durchaus in der Minderheit bleiben die Mehrheit aber von dem Geiste erfüllt sein werde, welcher aus folgenden Dankesworten des in Wesselnheim gewählten Pasquary an seine Wähler spricht: „Um die Rechte der Bevölkerung auf die Wahrnehmung ihrer Angelegenheiten wieder zu gewinnen, um unsere Autonomie zu erwerben und die Integrität unseres Landes zu sichern, bedarf es wahrlich eines Anderen, als eitler Demonstrationen einer retrospektiven Treue; es bedarf der Handlungen und der Klugheit, und diese verständige Thätigkeit können wir fortan in den eben-erwählten Körperschaften ausüben. In ihnen wird die „elsässische Partei“ ihr Banner aufpflanzen müssen, in ihnen wird sie durch eine zugleich würdige, loyale, feste und versöhnliche Haltung die Reichsregierung vermögen können, das Elsaß den Elsässern zurückzugeben.“

Schade, daß diese Worte eines elsässischen Bezirksvertreters nicht 14 Tage früher gesprochen wurden; sie würden den Reichstagsdebatten über den Gesetzentwurf betreffend die Einführung der deutschen Reichsverfassung in Elsaß-Lothringen möglicher Weise einen ganz anderen Inhalt gegeben haben. Was will das Geschrei der Ultramontanen über verlängerte Dictatur, ihr sehnstüchtiges Verlangen nach einer definitiven elsäß-lothringischen Landesverfassung, was will die alberne Tirade vom Helotenthum der Bewohner des Reichslands besagen, wenn ein Vertrauensmann elsässischer Wähler unumwunden anerkennt, daß es nicht unbestreitbarer Beweise von der verständigen Haltung des elsäß-lothringischen Volkes bedarf, bevor der Regierung angeschlossen werden kann, das Land sich selbst zu überlassen! Freilich, die Elsaß-Lothringer betrachten die Stöhrungsbefugniß, welche Kaiser und Bundesrath für die Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist,

hinsichtlich der reichsländischen Gesetzgebung zugestanden worden ist, als eine Fortsetzung der Dictatur. Mit ganz demselben Namen aber hätten sie es belegt, wenn diese Befugniß versagt und der Erlaß jedes einzelnen Gesetzes an die vorausgegangene Zustimmung des Reichstags gebunden worden wäre; alle die einschmeichelnden Bemühungen der Ultramontanen in dieser Richtung waren verlorene Liebesmühe. Nur die Uebertragung der Partikulargesetzgebung an eine elsäß-lothringische Landesvertretung wird in den Augen der reichsländischen Bevölkerung dem Zustande der Dictatur ein Ende bereiten. Desto erfreulicher, daß diese Eventualität von der Reichsregierung unzweifelhaft in's Auge gefaßt ist, daß es wenigstens gelegentlich jener Debatten von ihr ausdrücklich hervorgehoben wurde, wie sie die Reichscompetenz in der elsäß-lothringischen Landesgesetzgebung nur als ein je eher je lieber zu beseitigendes Provisorium betrachte. Daß man sich über die Art und Weise des Definitivums in Berlin heute noch nicht klar sein kann, ist für jeden billig Denkenden selbstverständlich. Eine Möglichkeit der Gestaltung desselben aber, nämlich das von Miquel erwähnte Aufgehen Elsäß-Lothringens in einen andern deutschen Staat, ist angesichts der heute vorliegenden Wahleresultate von vornherein auszuschließen. Die von Bismarck aufgestellte Maxime, an das Provinzialgefühl der Elsässer anzuknüpfen, hat gute Früchte getragen; nolens volens wird man auf dieser partikularistischen Basis weiterbauen müssen.

Mit entschiedenem Beifall ist die Ablehnung jener Bestimmung zu begrüßen, nach welcher die nicht ausgewanderten Optanten auch von der Berechtigung zur Theilnahme an den Reichstagswahlen bis zur offiziellen Zurnahme ihrer Optionserklärung ausgeschlossen bleiben sollten. Dieselben Gründe, welche Petersen gegen sie ins Feld führte, haben wir seinerzeit gegen die obenerwähnte gleichlautende Vorschrift des Gesetzes vom 24. Januar geltend gemacht. Mag immerhin damals die Maßregel wegen der vielfach noch ungeklärten Optionsverhältnisse ein nothwendiges Uebel gewesen sein, im März des nächsten Jahres könnte sie nur als eine gouvernementale Rancüne gegen die Scheinoptanten ausgelegt werden. Freilich geht mit der Beseitigung dieser Bestimmung die Möglichkeit verloren, aus dem gegenwärtigen Wahleresultat auf den Ausfall der ersten Reichstagswahlen zu schließen; denn in ihnen werden diejenigen, welche bis jetzt ihre Option nicht zurückgenommen haben, als neues und wahrscheinlich vorwiegend der Opposition zu gute kommendes Element auftreten. Dasselbe würde sich nur dann annähernd in Rechnung bringen lassen, wenn eine amtliche Zusammenstellung der Optionszurückziehungen vorläge. Jedenfalls aber wird der Wahlkampf im nächsten Frühjahr nicht so leicht ausgefochten werden, wie es eben geschehen. Umso mehr wird es alsdann Pflicht der eingewanderten Deutschen sein, sich besser zu rühren, als sie es diesmal gethan.

x. e.

Mit **Juli** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Halbjahr**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** des In- und Auslandes zu beziehen ist.

Leipzig, im Juni 1873.

Die Verlagsbandlung.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von **G. V. Verlag**. — Druck von **Hüthel & Wegler** in Leipzig.